

aus der Reihe der Großmächte heraus, hat Johann als eine Kleinmacht gewissermaßen bloß einen Schein-König, einen König ohne wirkliche Macht.

Der Dritte will eine wohlfeile Regierung. Durch die Ernennung eines Reichsverweisers neben den bereits vorhandenen Regierungen werden die Regierungsgeschäfte für Deutschland offenbar vermehrt und kostspieliger.

Der Vierte will die Einheit Deutschlands. Doch worin bestand die bisherige Uneinigkeit? Nicht wenigstens auch in dem Vorhandensein so vieler Regierungen? Wird diese Uneinigkeit durch Hinzufügung einer neuen Regierung aufgehoben? Es ist nicht zu leugnen, daß durch das Mittel, durch welches die Einheit Deutschlands bewirkt werden sollte, gerade die Uneinigkeit hervorgerufen ist. Seit der Ernennung des Reichsverweisers hat der Localpatriotismus bedeutend zugenommen.

Der Fünfte will den Protestantismus oder überhaupt die Religionsfreiheit geschützt wissen. Bisher hatte der Protestantismus an Preußen eine Großmacht zu seinem Schutze. Durch die Anerkennung des unverantwortlichen Reichsverweisers aus dem Hause Habsburg hört Preußen auf eine Großmacht zu sein. Wer also soll den Protestantismus gegen den Katholicismus schützen? Etwa der katholische Reichsverweiser?

Der Sechste will für ganz Deutschland eine Volksvertretung. Bisher tagte in Frankfurt die deutsche Bundesversammlung als Vertretung der deutschen Fürsten. Diese Bundesversammlung, welche eine republikanische Form hatte, erhält durch die Ernennung des unverantwortlichen Reichsverweisers eine monarchische Form. In Frankfurt ist somit nach wie vor eine bloße Fürstenvertretung, denn einerseits ist der unverantwortliche Reichsverweiser gesetzlich an die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht gebunden, andererseits ist es möglich, daß ihm seine Militärmacht, falls er gesetzlich gebunden wäre, gestattete, nach eigenem Ermessen zu handeln, d. i. die Volksvertretung illusorisch zu machen. Es ist sogar möglich, daß es bei Anerkennung des deutschen Reichsverweisers, künftig in Frankfurt nicht einmal eine Vertretung der deutschen Fürsten, sondern nur eines deutschen Fürsten, des deutschen Kaisers, geben wird.

Die Ausführung des in Rede stehenden Beschlusses der deutschen Nationalversammlung eröffnet uns jedenfalls eine ungewisse Zukunft, führt uns eine Menge wohl zu erwägender Möglichkeiten vor die Seele. Kein Wunder daher, daß das Auftreten des deutschen Reichsverweisers sofort eine bedeutende Besorgnis hervorgerufen hat, daß entgegengesetzte Parteien in dieser gleichsam Hand in Hand gehen. Der patriotische sowie der Preußen-Verein kämpft gemeinschaftlich mit demokratischen Club gegen die Anerkennung des unverantwortlichen Reichsver-

weisers aus dem Hause Habsburg; beide Parteien betrachten den Beschluß, durch welchen er ernannt wird als eine unverantwortliche That der deutschen Nationalversammlung.

Doch die Linke der preussischen Nationalversammlung sagt: „Der Beschluß ist allerdings vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit aus nicht zu billigen, doch war die deutsche Nationalversammlung befugt, ihn zu fassen.“ Prüfen wir indeß die Befugniß. Die deutsche Nationalversammlung ist aus Urwahlen hervorgegangen, wenn auch nur indirekt; sie hat die Souveränität des Volkes anerkannt und demnach sich selbst für souverän erklärt. Allein jedenfalls giebt es einen Unterschied zwischen der Souveränität des Volkes und der Souveränität seiner Vertreter; das Volk ist an und für sich souverän, die Vertreter aber nur durch und für das Volk, sie sind nur Vollstrecker der Volkssouveränität. Jeder einzelne Vertreter ist bevollmächtigt, die Interessen des Volkes nach eigenem Ermessen und Gewissen zu vertreten. Er ist berechtigt, die Vollmacht zurückzugeben ans Volk; nicht aber ist er berechtigt, sie nach Belieben an einen Andern abzutreten, er ist nicht berechtigt, sich einen Stellvertreter zu wählen: entweder muß er selber das Volk vertreten, oder sein Mandat zurückgeben. Wollte er sein Mandat nach Belieben einem Andern, etwa seinem Bedienten, übertragen, und ihn an seiner Stelle in die Nationalversammlung schicken, so würde das Volk mit Recht sagen: „Wir wollten durch Dich vertreten werden, nicht durch Deinen Bedienten; willst Du nicht selber unser Vertreter sein, so giebst Du Dein Mandat in unsere Hände zurück.“ Was von dem einzelnen Vertreter gilt das gilt auch von der ganzen Nationalversammlung; sie ist zwar berechtigt, das Volk nach ihrem Ermessen zu vertreten, nicht aber ist sie berechtigt, sich vertreten zu lassen. Die Ernennung eines unverantwortlichen Reichsverweisers ist gleichbedeutend mit der Wahl einer nicht an Instruktionen gebundenen Nationalversammlung. Die Nationalversammlung hat durch diese Ernennung keineswegs ihr Mandat verletzt oder überschritten, sie hat es vielmehr bloß in die Hände des Volkes zurückgegeben gerade wie ein Sachwalter, der den Proceß seines Klienten nicht selber führen will und ihn seinem Richter überträgt.

(Brgwch.)

Constitutioneller Verein zu Ratibor.

Ratibor den 30. August.

Ordner ist Dr. v. d. Decken. Dr. Wichura referirt über den vom Berliner constitutionellen Congress verathenen deutschen Gesamtverein, welchem sich anzuschließen der Breslauer Centralverein aufgefodert hatte. Das Programm, welches der Congress erlassen, lautet in seinem ersten §. folgendermaßen: „Die constitutionellen Vereine Deutschlands, welche die Monarch-